

Eine Initiative in Osnabrück wirbt für Offenställe, weil Schweine darin doppelt so viel Platz haben und das Wetter erleben. Das Land Niedersachsen will das fördern – wenn es kein Pseudo-Tierschutz ist
SEITE 22



Das Museum für Hamburgische Geschichte zeigt, wie das Brauwesen für die Stadt und sogar für die Stadtentwicklung zur Schlüsselbranche wurde. Die feiert sich mit der Ausstellung selbst
SEITE 23

VON HENNING BLEYL

Alle Fraktionen der Bremer Bürgerschaft haben sich gestern für die Errichtung eines „Arisierungs“-Mahnmals ausgesprochen. Es soll an die besondere Rolle Bremens bei der Logistik der „Verwertung“ jüdischen Eigentums erinnern.

Bremen profitierte von der Massenauswanderung jüdischer Emigranten, die während des Nationalsozialismus ihren Besitz im Hafen zurücklassen mussten, vor allem aber von der Ausplünderung der jüdischen Familien, die aus den besetzten Ländern Westeuropas deportiert wurden. Die maßgebliche Rolle beim Abtransport ihrer Habseeligkeiten zur „Verwertung“ auf „Juden-Auktionen“ spielte die Bremer Spedition Kühne+Nagel.

Die taz hatte das von der Firma unter den Teppich gekehrte Thema durch ihre Kampagne „4 qm Wahrheit“ bekannt gemacht und einen Ideenwettbewerb für das „Arisierungs“-Mahnmal ausgelobt. Zudem stellte sie das Thema durch ein Symposium in einen breiten historischen Kontext: Fachleute analysierten die Profittrias aus „Fiskus, Firmen und Privatleuten“, auf die das Mahnmal verweisen soll, in ihrem jeweiligen „Umgang mit dem Unrechtserbe“.

Vertreter aller Fraktionen appellierten nun an Kühne+Nagel, die Firmenarchive zu öffnen und sich der Thematik zu stellen. Claas Rohmeyer (CDU) betonte mit Blick auf Mehrheitsaktionär Klaus-Michael Kühne: „Es sind nicht die Mitarbeiter von Kühne+Nagel, die sich der Aufarbeitung entgegenstellen.“ Das Gesprächsangebot gegenüber allen Beteiligten bleibe bestehen – allerdings warnte Claudia Bernhard von der Links-Fraktion: „Wir dürfen nicht weitere 70 Jahre einem Dialog hinterherlaufen.“

Unterschiede zeigten sich zwischen den Fraktionen in der Frage, wie das Mahnmal realisiert werden soll. Mit einem Dringlichkeitsantrag beschloss eine Mehrheit aus Grünen, SPD und Linken bei Enthaltung der CDU, die zuständigen Fachgremien zu befassen, dabei auf den Ideen- und Gestaltungswettbewerb der taz Bezug zu nehmen und „insbesondere auch einen Standort im Umfeld des Neu-

„Arisierungs“-Mahnmal kommt

ERINNERUNG Angestoßen durch eine taz-Kampagne spricht sich Bremens Bürgerschaft dafür aus, Profite von Logistikern wie Kühne+Nagel und Privatpersonen zu benennen



Umstrittener Ort: Oben will Kühne+Nagel neu bauen, unten in der Flutschutzmauer könnte das Mahnmal Platz finden Foto: Eckhard Stengel/imag

baus der Firma Kühne+Nagel einzubeziehen.“

Die CDU betonte in einem umfangreich begründeten eigenen Antrag zwar die Rolle „von Logistikunternehmen, insbesondere auch in und aus Bremen“ als „Erfüllungsgehilfen einer Menschen vernichtenden Diktatur“ – verzichtet aber auf die Nennung von Firmennamen und konkrete Verortungsvorschläge für das Mahnmal.

Zudem schlägt die CDU einen weiteren Ideenwettbewerb seitens des Landesbeirats für Kunst im öffentlichen Raum vor, „unter Einbeziehung bereits bestehender Entwürfe“. Kirsten Kappert-Gonthor (Grüne) brachte eine Lanze für den Entwurf von Angie Oettinghausen, deraus dem taz-Wettbewerb hervorging: „Er bringt das Thema sachlich und plastisch auf den Punkt.“ Denkbar sei darüber hinaus die Einbeziehung weiterer Gedenkorte.

Für die FDP, die einen eigenen Antrag einbrachte, sagte Magnus Buhlert: „Ich habe viel gefragt, auch zu den alten Möbeln, die bei uns zu Hause stehen.“ Es gehe, betonte auch Robert Bücking von den Grünen, um die „Erinnerung an eine Realität, die uns bedrohlich nahe kommt: Die schöne Kommode im Wohnzimmer, der Karrieresprung des Onkels, vielleicht auch das Silberbesteck“.

Rohmeyer plädierte für eine pädagogische Befassung mit dem Thema in Zusammenarbeit mit den Bremer BerufsschülerInnen für Transport und Logistik: „Sie müssen lernen, dass Möbelwagen zur Ausführung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwendet werden können.“

Als Zeichen der Geschlossenheit stimmten SPD, Grüne und Linke Punkt eins des CDU-Antrags zu. Der fordert ein „Arisierungs“-Mahnmal als „wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer möglichst breit akzeptierten Erinnerungskultur“.

Abschließend meldete sich Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) zu Wort: „Der Senat begrüßt die Errichtung eines solchen Mahnmals ganz ausdrücklich. Wir werden dafür sorgen, dass dieses Mahnmal errichtet wird.“ In seiner Eigenschaft als Kultursekretar habe er sein Ressort beauftragt, entsprechend aktiv zu werden und die zuständigen Gremien zu befassen.

HELMUT SCHMIDT

Farbe der Macht

Die Hamburger Hauptkirche St. Michaelis bekommt einen neuen Teppich – und sogar einen roten. 350 Spender haben dafür rund 55.000 Euro gespendet. Die Verlegearbeiten werden Mitte der Woche abgeschlossen sein. Der grüne Teppich trage mittlerweile die Spuren von **elf Millionen Besuchern** und des Hamburger Schmuddelwetters, hatte sich Hauptpastor Alexander Röder im Sommer im Gemeindebrief beklagt. Und er ist eben – grün. Rot ist nach Röders Worten seit alters her die **Farbe der Schönheit und der Macht**. Deshalb kann es nur einen Namen für das Textil geben, meint der **Helmut Schmidt: Helmut-Schmidt-Verleger**.

Ermittlungen gegen Glitzerwerfer

PROTEST Antifaschisten in Göttingen beklagen eine Vielzahl von Straf- und Ermittlungsverfahren

Seit einem Jahr überziehen die NPD und der rechtsextreme „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“ Göttingen und Umgebung mit sogenannten Mahnwachen und „freiheitlichen Bürgertreffs“. Ebenso lange protestieren Nazigegner mit Demonstrationen, Blockaden und multikulturellen Festen – bisweilen werden „Freundeskreis“-Mitglieder auch verprügelt oder ihre Autos abgeflakt. Zuletzt ging in der Nacht zum 31. Oktober bei Duderstadt ein Fahrzeug in Flammen auf.

Die Antifaschistische Linke International in Göttingen, kurz Ali, fühlt sich für ihren politi-

schen Protest von der Polizei kriminalisiert. Mittlerweile ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft in über 80 Strafverfahren gegen antifaschistische Aktivistinnen aus der Region, schreibt die Gruppe in einer Mitteilung. Die Göttinger Polizei bestätigte zahlreiche Verfahren.

Die hohe Zahl der Ermittlungs- und Strafverfahren dokumentiere die „Ausdauer und Hartnäckigkeit, mit der sich Menschen seit einem Jahr den Auftritten und Angriffen von Neonazis entgegenstellen“, heißt es weiter. Unter den Betroffenen seien Schlauchbootfahrerinnen und Versamm-

lungsanmelder, Glitzerwerferinnen und Transparenthalter.

Die Repressionen gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten, so die Gruppe, hätten „ein weit schlimmeres Ausmaß angenommen, als zu den dunkelsten Schünemann-Zeiten“. Uwe Schünemann (CDU) war von 2003 bis 2013 Innenminister in Niedersachsen. Er wurde wegen seines harten Kurses gegen Flüchtlinge und Linke kritisiert.

Vor allem sei das Ausmaß der Kriminalisierung aber Ergebnis der „häufig eskalierenden Einsatzstrategien der Polizei“, schreibt die Ali. Ein Beispiel dafür sei der Einsatz der Beweis-

sicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) gegen die friedliche Blockade einer „Freundeskreis“-Demonstration am 22. Oktober in Duderstadt. Während Neonazis teils vermurmt durch den Ort ziehen konnten, habe die BFE vermummte Gegendemonstranten festgenommen und teils verprügelt.

Die Polizei leitete mindestens 15 Ermittlungsverfahren wegen Widerstands und anderer Vorwürfe ein. Auch das örtliche Bürgerbündnis gegen rechts und Beobachter hatten das Vorgehen der Beamten hier als äußerst ruppig beschrieben.

Weil sie kurz vor der Kommu-

nalwahl im September NPD-Plakate beschädigt oder gestohlen haben sollen, wird gegen sechs Personen wegen Sachbeschädigung und Diebstahls ermittelt. Im September hatte die Polizei in Göttingen 15 junge Leute festgenommen, die versucht hatten, eine Bahnreise von NPD-Anhängern zu einer Kundgebung durch die Besetzung von Gleisen zu behindern. Laut der Polizei seien auch Steine und Pyrotechnik auf die Beamten geworfen worden. Die Festgehaltenen bestritten die Steinwürfe jedoch.

Ein erstes Verfahren beginnt am 10. November. Zwei Antifaschisten sind beim Göttinger Amtsgericht wegen Sachbeschädigung angeklagt. Sie sollen das Auto eines rechten Verbindungsstudenten beschädigt haben.

REIMAR PAUL